

Aber auch auf Weltebene kann ma ökologische Verteilungskonflikte u tersuchen, z.B. anhand des Trei hauseffektes und der Biodiversität.

Joan Martínez-Alier ist Professor für Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte an der Universidad Autónoma in Barcelona. Er gehört zu den bedeutendsten Vertretern der ökologischen Ökonomie, die sich als alternatives Paradigma zur neoklassischen Urnwelt- und Ressourcenökonomie etabliere konnte. Zu seinen bekanntesten Publikationen zählen: Ecological Economics. Energy, Environment and Society (1987), Varieties of Environmentalism (mit Ramachandra Guha, 1997). Er ist Herausgeber der Zeitschrift Ecología Politica

Wasser oder Wohnen – Überleben in São Paulo

Können wir dem ökologischen Risiko nur entgehen, indem wir die Macht des Staates und des Marktes weiter stärken? Politik ist mehr, meint Alain Lipletz. Die Ökologie ist politisch geworden, die Politik – und ihre entwickeltste Form, die Demokratie – muß das werden, was sie von den Ursprüngen an ist: nämlich ökologisch.

olitik ist die organisierte Konfrontation von Interessen – in der Vorstufe ist sie sogar die gesellschaftliche Konstruktion der Repräsentation von Identitäten und Interessen. Der Markt, die Diplomatie und selbst die repräsentative Demokratie kommen erst ins Spiel, wenn die Interessen bereits abgesteckt sind. Die Interessen, die Sitten und Gebräuche, die impliziten Kompromisse nehmen zuvor oder nebenher Form an: in Debatten und persönlichen Ge-

sprächen. Doch auch solche Begegnungen müssen organisiert werden.

Recht auf Wohnen gegen Recht auf Wasser

Ein trauriges und schmerzhaftes Beispiel für diese Interessenskonflikte: Die gewaltige städtische Zusammenballung von São Paulo, in der zwei Drittel der Unterkünfte "informellen" Charakter haben (d.h. keiner Norm entsprechen und sich staatlicher Regulierung entziehen), wird durch künstliche Seen mit Wasser versorgt. Diese sind durch eine Zone geschützt, in der Bauverbot herrscht. Doch bereits über eine Million favellados (Bewohner von Elendsvierteln) haben diese Zone unterwandert. Die illegalen favelas – die oft unter der Ägide von militanten "Radikalen" der Arbeiterpartei errichtet werden, die das Schlagwort vom "Recht auf Wohnen" auf den Lippen führen und die "bürgerliche Legalität" in Frage stellen – nähern sich schon gefährlich den Seen.

Angesichts dieser Bedrohung, verstärkt noch durch die Angst vor dem Gespenst der Cholera, war die Stadtverwaltung von São Paulo, die von eben dieser Arbeiterpartei kontrolliert wurde, bereit, das Militär intervenieren zu lassen. Wir haben es hier mit einem tragischen Beispiel dieser sozialen Beziehung (der Ökologie) zu tun, die nicht die Klassen untereinander in Gegensatz bringt, sondern "alle gegen jeden einzelnen".

Arme Menschen schicken sich an, im Namen ihres Rechts auf ein Dach über dem Kopf andere Arme ihres Rechts auf Trinkwasser zu berauben! Es genügt nicht zu sagen, daß eine sozialistische Reform der durch krasse soziale Ungleichheit charakterisierten brasilianischen Gesellschaft zu einer Lösung des Wohnproblems führen könnte.

Organisation gegensätzlicher Interessen

Ausgeräumt werden kann ein solcher Widerspruch nur durch die Erweiterung demokratischer Spieräume, durch das wechselseitig Verständnis für die Interessen de einzelnen. Selbstverständlich ist ein Organisation dieser Interessen not wendig, damit sie solcherart artiku liert werden können.

Es gibt keinen wirksamen Kamp für eine nachhaltige Entwicklung, et gibt keine Versöhnung zwischer Umwelt und Entwicklung, wenn die se Rechte nicht organisiert werden um Voraussetzungen für ihre möglichst direkte Konfrontation zu schaffen. Am besten wäre es, träte eine solche Konfrontation an die Stelle direkter politischer Regulierung - jedenfalls ist dies ein erstrebenswertes Ideal. In diesem Sinn würde die Existenz der Tropenwälder durch eine entsprechende Konfrontation der kurz- und langfristigen Interessen der Menschen, die von ihnen leben. besser verteidigt als durch Interventionen irgendeiner hohen Autorität vom Typus Sicherheitsrat oder Grünhelme.

Alain Lipietz ist Sprecher der französischen Grünen.